V. b. b. Zeitung vom Verleger versendet „Journal expédite par l'éditeur" 2. Jahrgang - Nr. 37 - Preis 25 Groschen

der Judenstaat

zionistisch-revisionistisches Organ Erscheint wöchentlich

Abonnement-Preis: Österreich: vierteljährig S 2·90, halbjährig S 5·50, ganzjährig S 10·- / Deutschland: vierteljährig RM. 2·- / Polen: vierteljährig Zl. 3·50 Jugoslavien: vierteljährig Din. 40·- / Rumänien: vierteljährig Lei 100·- / C.S.R.: vierteljährig Kc. 15·— / Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schw. Frc. 2·90
Postsparkassen-Konti.: Österreich B-11.035, • C.S.R. 501.540, • Polen Dr. Aron Goldin 27.765, • Jugoslavien Rudolf Heller, Osijek 36.843

Wien, Freitag, den 19. Januar 1934
וינה, יום ו׳ ג׳ שבט תרצ״ד
Redaktion und Administration: Wien, 9., Berggasse Nr. 16 - Telephon Nr. A-17-5-40

Letzte Nachricht:

Arabische Demonstration gescheitert.
In Palästina herrscht Ruhe

»Der Judenstaat« im zweiten Jahrgang:

An unsere Freunde und Leser!

Das deutschsprachige Blatt unserer Bewegung ist mitten im inneren Klärungsprozeß des Revisionismus geboren worden. Die Revolte einiger Unterführer gegen lebenswichtige Grundsätze des zionistischen Revisionismus und gegen dessen Schöpfer und geistigen Führer sollte Verwirrung in unserem Lager stiften, die politische Stoßkraft der einzig konsequenten Judenstaatsbewegung lähmen, auf daß sie das Opfer einer Handvoll ehrgeiziger Opportunisten werde.

Der Anschlag ist mißlungen. Gesammelt und geläutert, gekräftigt und an allen Fronten konsolidiert, ging unsere prachtvolle Bewegung aus diesem, ihr mutwillig aufgedrängten inneren Klärungskampfe siegreich hervor. Von den wenigen hunderten Verirrter und Unentschlossener kehrten inzwischen viele reumütig zurück; Zehntausende neuer Mitstreiter und Anhänger sind neu gewonnen worden. Der zionistische Revisionismus befindet sich in stetigem, rapidem Aufstieg. Das Bleigewicht politisch unorientierter Opportunisten von ihren Schwingen abstreifend, konnte unsere Bewegung nunmehr zur selbstständigen Tätigkeit auf allen Gebieten judenstaatlerischen Strebens übergehen. Die soeben eingesetzte Petitionsbewegung wird zu einer mächtigen politischen Offensive für großzionistische Errungenschaften werden.

Die revisionistische Presse ist ein unersetzbares Instrument im Kampfe um die Zionisierung des jüdischen Volkes. Nur unsere Presse wirkt für die Erziehung der jüdischen Massen zur Staatsbildung. Unseren Preßorganen in fremden Sprachen erwächst überdies eine zweite, nicht minder wichtige Aufgabe: sie sind der Dolmetsch staatspolitischer Ringens des Judenvolkes auch vor der nichtjüdischen Umwelt, indem sie einen unentwegten Kampf gegen die Verfälschung und Verwässerung des zionistischen Endzieles führt. Gleich dem jüdischen Volke sind auch die nichtjüdischen Völker und Staaten nur an einer großzionistischen judenstaatlerischen Lösung interessiert.

Daß unser deutschsprachiges Organ „Der Judenstaat" im richtigen Augenblick zu erscheinen beginnen konnte, war der heroischen Anstrengung einzelner Revisionisten zu verdanken. Das Blatt, durch ernsten Gehalt und würdige Kampfesform auch von Gegnern respektvoll behandelt, ist nun in seinen zweiten Jahrgang getreten. In verhältnismäßig kurzer Zeit konnte der „Judenstaat" zum angesehenen Zentralorgan des Zionismus-Revisionismus in deutschsprachigen Gebiete emporrücken.

Nun soll unser Blatt eine weitere Ausgestaltung und weiteren Ausbau erfahren. Dies zu ermöglichen, ist die nächstliegende wichtigste Aufgabe aller Revisionisten und aller einen Großzionismus anstrebenden Juden.

Die nächsten Wochen gelten daher einer großzügigen Werbeaktion für die weitestgehende Verbreitung unseres Blattes. Jeder Revisionist, jeder Judenstaatler, jeder Jude, der unserem Kampfe für Vollzionismus sympathisch gegenübersteht, nehme diese Werbearbeit freudig und pflichtbewußt auf sich. Die Parole dieser Wochen lautet: Werbung neuer tausender Abonnenten, Verdoppelung unserer Auflage binnen Monatsfrist!

Der „Judenstaat" gehört in jede bewußtjüdische Familie, er gehört vor allem in das Haus jedes Judenstaatlers.

Fanget sofort mit der Werbeaktion an. Ein jeder Revisionist bringe bald einen und mehrere neue Freunde und Abonnenten.

Das jüdische Volk geht entscheidenden Ereignissen entgegen. Im deutschsprachigen Raum ist die Judenfrage am brennendsten. Juden, Zionisten, Revisionisten, schart euch um unsere Idee und um unser Blatt, das dieser Idee von der vollen Erlösung unseres Volkes zum Sieg verhelfen kann.

Der zweite Jahrgang muß dem „Judenstaat" viele Tausende neuer Leser und Freunde bringen. Von euch und von euerer Werbearbeit hängt es ab!

„Der Judenstaat" *Exekutive der Weltunion der Zionisten-Revisionisten, Paris*

Ernste Lage in Palästina

Die Araberdemonstration

Jerusalem, 17. Januar (Spezialbericht des „Judenstaat").

Die für heute angekündigte Araber-Demonstration findet statt, mit Wissen und, wie nicht wenige behaupten, Willen der Regierung. Sie hat sie auch juridisch formell gestattet und will ihr Gesicht nur dadurch wahren, daß sie an die Erlaubnis die Bedingung knüpfte, sie solle sich auf die Zeit zwischen 7 und 8 Uhr früh beschränken, ohne Reden und dergleichen vor sich gehen, ihre Teilnehmer sollen keine Feuerwaffen und keine Stöcke mit sich führen.

Unter der jüdischen Bevölkerung herrscht wegen des offensichtlichen Umschwungs der Regierung, die die Araber laut als ein Nachgeben gegenüber ihren Gewaltandrohungen hinausrufen, hellste Empörung, zum Teil auch Panik, denn man rechnet mit einem viel ernsteren Verlauf als im Oktober. In den jüdischen Kolonien werden sogar Proviantvorräte, die für 10 Tage berechnet sind, aufgehäuft. Die Lage ist in der Tat ernst. Die Arabische Exekutive hat große Massen der Landbevölkerung in den Städten zusammengezogen. Gestern abends hat sich sogar die Regierung gezwungen gesehen, einige besonders scharfmacherische Araberführer in Schutzhaft zu nehmen.

Neue Methoden gegen die Juden

Seit der jüdischen Demonstration in Tel Awiw haben die Razzien in der jüdischen Stadt selbst aufgehört, Dafür geht die Regierung jetzt scharf gegen den ärmsten Teil der Jerusalemer jüdischen Bevölkerung vor, gegen Jemeniten, Kurden und Bucharer. Vorige Woche gelang es einer Anzahl von jüdischen jungen Leuten fünf solcher orientalischer Juden, die die Polizei zur Deportation eskortierte, zu befreien. Jetzt wird jeder Ausgewiesene von zehn bewaffneten Polizisten begleitet. Die Regierung sucht mit aller Kraft, weitere jüdische Demonstrationen zu verhindern. So bewacht sie streng jede revisionistische Versammlung, vor die sie einen Haufen bis an die Zähne bewaffneter Polizisten stellt. Bei der letzten im Bet-Am in Tel Awiw vor 14 Tagen stattgefundenen Versammlung der Revisionisten ließ die Polizei die Besucher nur gruppenweise und durch verschiedene Ausgänge hinaus.

Die Palästina-Regierung hat sich übrigens eine neue Methode der Schikane gegen Juden zurechtgelegt. Sie geht mit Ausbürgerungen vor. So hat sie vor einigen Tagen eine Anzahl von Personen ausgebürgert, mit der Begründung, sie seien seit drei Jahren nicht mehr im Lande gewesen. Unter den bis jetzt im Zuge des Verfahrens gegen die „Illegalen" Ausgewiesenen befinden sich auch die Wiener Jakob Lewinter, Rudolf Duckler und des letzteren Frau.

Palästina-Regierung gestattet Araber-Kundgebung

Jerusalem, 14. Januar. Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, hat die Palästina-Regierung ihre Zustimmung zur Veranstaltung friedlicher arabischer Kundgebungen gegen jüdische Einwanderung im ganzen Lande am Dienstag, den 16. Januar, auf Grund der den Behörden vorgelegten Aufmarschpläne der palästinensisch-arabischen Exekutive und anderer interessierter Organisationen gegeben.

Bisher hatte man allgemein damit gerechnet, daß die Kundgebungen ohne Erlaubnis der Regierung stattfinden, somit illegalen Charakter tragen und deshalb von der Polizei gewaltsam unterdrückt werden würden. Man befürchtete deswegen den Ausbruch von Unruhen ähnlich denjenigen, zu denen es anläßlich der Kundgebungen im Oktober, die Opfer an Menschenleben gekostet hatten, gekommen war.

Der Araber-Führer Jamal Husseini hatte sich im Lauf der Propaganda, die er für die Beteiligung der arabischen Bevölkerung an den Kundgebungen am kommenden Dienstag geführt hat, dessen gerühmt, daß er und die übrigen arabischen Führer sich in der Vorbereitung der Oktober-Kundgebungen nicht beirren ließen, obwohl es ihnen bekannt sei, daß diese Kundgebungen ungesetzlich sind und Gegenmaßnahmen der Behörden auslösen müssen.

Vladimir Jabotinsky:

Tagebuch-Notizen

Montag. Vorgestern erhalte ich aus Palästina dieses erfreuliche Telegramm: »Seit vier Tagen wird in Haifa ununterbrochen ein Pogrom auf den revisionistisch-betarischen »Irgun Haowdim« veranstaltet. Der Konflikt brach aus, nachdem zwei revisionistische Bauunternehmer, Weidenfeld und Levin, bei denen 70 Arbeiter des Irgun und nur drei der Histadruth arbeiten, sich geweigert hatten, einen Kontrakt zu unterschreiben, dem gemäß sie sich verpflichten, nur Arbeiter der linken »Lischchath Awodah« anzunehmen. Die Histadruth-Leute überfallen in Massen unsere Arbeiter auf den Straßen und sogar in ihren Wohnungen. Zwei Häuser sind bereits demoliert worden, ein revisionistisches Gasthaus zertrümmert. Mehr als dreißig Verwundete. Der Pogrom wird fortgesetzt. Bei der jüdischen Gesellschaft herrscht große Erbitterung, die offiziellen jüdischen Institutionen aber, in der Hand der Linken befindlich, schweigen.«

Weitere Einzelheiten über dieses jüngste Freudenfest der Juden habe ich noch nicht zu Gehör bekommen. Vielleicht gibt es in diesem ersten, in Aufregung verfaßten Telegramm einige Uebertreibungen. Vielleicht ist das Wort »Pogrom« zu stark. Vielleicht waren es nur »Schlägereien«. Vielleicht sind den beiden Häusern und dem Gasthaus, die »demoliert« wurden, nur die Fenster eingeschlagen worden, sind nur Tische und Bänke und Türen zertrümmert worden. Vielleicht sind die dreißig Verwundungen nur leichter Natur. So möchte man wenigstens hoffen dürfen. Aber wenn es auch so bescheiden und sanft zugegangen sein sollte, wie ich es herbeiwünsche, bleibt das Faktum doch ein Faktum, und ich frage den Leser um Rat: »Gute Leute, was tun?«

Unsere Leute werden in die Histadruth nicht eintreten, denn diese ist auf dem Prinzip des Klassenhasses aufgebaut und unsere Arbeiter sind gegen dieses Prinzip. Arbeit empfangen von der »Lischchat Awodah« der Histadruth werden sie gleichfalls nicht, denn sie verlangen, daß die Arbeitsämter in Palästina neutral seien und weil sie obendrein von den Arbeitsämtern ihrer schärfsten Feinde keine erhalten werden. Erhalten sie aber Arbeit von ihren eigenen Parteifreunden, dann verlangt die Histadruth, daß man sie vertreibe und nur Arbeiter der Histadruth anstelle, und da die Unternehmer dem nicht zustimmen wollen, werden unsere jungen Leute auf den Straßen und sogar in den Häusern geprügelt. Wieder einmal das, was es im Vorjahr in Jerusalem während des Konflikts in Frumins Bisquitfabrik gab. Was also tun, frage ich?

Vorläufig sehe ich, daß meine jungen Freunde, die Betarim, die Brüder jener, die in Jerusalem, Tel-Aviv und Haifa geprügelt werden, immer noch für den Jüdischen Nationalfond arbeiten, der ein sehr netter Fond mit schönen Zielen ist, aber zufällig nur den Linken hilft. Aus der Statistik dieses Fonds ersehe ich, daß die betarischen Sammler nirgends tiefer als an zweiter Stelle und in einigen wichtigen Ländern an erster Stelle stehen. Im Direktorium des Keren Kajemeth haben wir keinen einzigen Vertreter. Meine jungen Freunde schuften für einen Fond, der sich zur Hauptstütze ihrer Feinde umgewandelt hat! Sie schuften, denn die Parole jenes Fonds ist die »Erlösung des Bodens«, aber von diesem erlösten Boden werden nicht sie genießen, sondern nur ihre Gegner; und wenn ein Betari sich zufällig in eine Kolonie verirren und bitten sollte, daß man ihn übernachten lasse, weil auf der Straße eine arabische Revolte tobt, so wird er wahrscheinlich vertrieben werden (wie es im letzten Oktober auch geschah). Was also tun, frage ich um Rat?

Das Telegramm aus Haifa ist mit dem 13. Januar datiert. Für den 16. Januar ist im ganzen Lande eine arabische Demonstration angesagt, die selbst nach Ansicht der arabischen Presse ein Blutbad anrichten kann. Fern vom Land hatte ich mir vorgestellt, daß in solchen Zeiten die Juden nur darüber nachdenken, wie man die Kräfte vereinigen und die gemeinsame Gefahr abwenden könne, daß alles andere bis nach dem Rummel verschoben werden würde. Nein, ich habe mich geirrt. Das Verdienst, betarische Arbeiter prügeln zu können, darf nicht hinausgeschoben werden, das muß sofort geschehen, und mitten in einer halbarabischen Stadt, auf daß die Araber sehen und verstehen.

Ich frage um Rat: Gute Leute, was also weiter, was soll geschehen?

In einem palästinensischen Blatt las ich vor kurzem folgende Geschichte:

In Tel Awiw gab es eine Versammlung zur bevorstehenden Gründung der neuen, der zweiten Histadruth-Gewerkschaft der nationalen Arbeiter. Sie wird offiziell in den Zwischentagen des Pessach gegründet werden, und die Versammlung in Tel Awiw war der Propaganda gewidmet, der Vorbereitung der Oeffentlichkeit. Im Saal befanden sich einige tausend Anhänger der neuen Histadruth, aber um das Versammlungshaus herum, in den Gassen stand eine viel größere Menge von Gegnern; und ein ganzes Bataillon von Polizei mußte die Ordung wahren, denn sonst würde doch geprügelt werden. Denn, das müßt ihr wissen, ihr guten Leute, ein Verbrechen ist es, eine zweite Histadruth gründen zu wollen. Die sozialistische Histadruth muß für ewig ihr Monopol bewahren, und wer dagegen ist, muß geprügelt werden. Nicht etwa Polemik, nicht etwa Propaganda gegen die Neugründung, nein Prügel!

Daher frage ich jeden anständigen Leser um Rat.

Meine eigene Meinung ist seit langem bekannt: »Brechen!« Obgleich ich damals, als ich dieses Wort hinschrieb, ausdrücklich nur das Monopol der Histadruth meinte und nicht die Histadruth selbst, sind einige furchtsame Mitbürger erschrocken und haben in Wort und Schrift gegen meine mörderischen Ansichten protestiert. Nun haben sie die Gelegenheit, ihre damalige Aufregung zu revidieren. Sagt selbst: muß das Monopol eines solchen Geschöpfs nicht gebrochen werden?

Aber heute will ich noch ein wenig weiter gehen. Ich frage heute: wäre es wirklich eine so gewaltige Sünde, an das Brechen der Histadruth selbst zu denken? Ich will hier nicht darüber sprechen, ob das eine leichte oder schwere Aufgabe wäre (für unmöglich halte ich sie jedenfalls nicht), nein, zunächst einmal nur prinzipiell gedacht: ist es für den Jischuw, für Palästina, für unser ganzes Volk gut, daß in unserem Land eine solche Körperschaft wie die Histadruth existiere?

Donnerstag. — Man sagt, daß in einem der offiziellen Organe der Zionistischen Exekutive eine starke Drohung gegen die Petitionsbewegung enthalten war.

Nun, hier brauche ich, Gott sei Dank, den Leser nicht um Rat fragen. Ich kann selbst einen erteilen und einen guten obendrein. Er heißt: nur nicht hineinmengen! Niemand macht euch, ihr Herren von der Exekutive, für die Petition verantwortlich. Drängt euch also nicht herein und mengt euch nicht ein!

Und dieser gute Rat hat drei verschiedene Gründe.

Der erste ist ein ethischer. Ihr, die Zionistische Exekutive, seht selbst, daß ihr angesichts der jetzigen Notlage des Zionismus ohnmächtig seid, abzuhelfen. Eure Verhandlungen mit den Regierungen in London und Jerusalem sind nutzlos. Der Hochkommissar hat euch klar und kalt verstehen lassen, man sei nicht gewillt, die Juden einen bestimmten niedrigen Bevölkerungsprozentsatz übersteigen zu lassen (leugnet das um Gottes willen nicht ab; es ist einfach unehrlich, eine Tatsache zu leugnen). Die arabische Demonstration vom 16. Januar ist gestattet worden. Das Parlament soll errichtet werden. »Illegale« Immigranten werden immer noch eingefangen. Man fängt jetzt nacheinander »orientalische« Juden ein, Jemeniten, Kurden u. s. w., in der Hoffnung, daß das in Europa und Amerika nicht so rasch bemerkt werden wird. Ihr, die Zionistische Exekutive, protestiert und fordert — ich hoffe wenigstens, daß ihr das tut —, aber ihr seht selbst, daß das nicht hilft und nicht helfen wird. In eueren eigenen Kreisen wird schon seit langem darüber gesprochen, daß jetzt eine Massenaktion des Volkes selbst einsetzen muß. Steckte in euch nicht kleinliche Eifersucht, hättet ihr schon längst den Revisionisten den guten Gedanken einer Weltpetition weggeschnappt. Aber jetzt ist es ganz gleich, wer den Gedanken »erfunden« hat.

Seine gewaltige Popularität an allen Ecken und Enden Europas (bald wird auch für Amerika die Zeit kommen!) ist der beste Beweis, daß der Petitionsgedanke bereits Eigentum der Massen selbst geworden ist. Es ist unethisch, dort zu stören, wo ihr nicht helfen könnt. Mengt euch nicht ein! Der zweite Grund ist: Mengt euch nicht ein, denn ihr seid ohnmächtig, außer auf gezählte einzelne Menschen, auf irgend wen einzuwirken. Jeder Jude weiß das Geheimnis, daß die Zionistische Exekutive bei keiner Regierung Einfluß hat, genau so wie jeder Engländer, Franzose, Italiener oder Türke, der an Palästina Interesse nimmt, ausdrücklich weiß, welches Prestige und welche Wirkung die Zionistische Exekutive bei den zionistischen Massen selbst hat. Wenn sie auch nur ein Wort gegen die Petition spricht, so kann sie nur zur Verstärkung der Popularität der Petition beitragen.

Und der dritte Grund: Mengt euch nicht ein, denn es könnte euch zerbrechen. Ohnedies hängt die Autorität der heutigen Zionistischen Exekutive an einem Haar, und dieses Haar ist so dünn, daß ich z. B. es gar nicht mehr sehe. Ein Zerren, ein Reißen, ein kleiner Windstoß genügt und aus ist es. Sitzt ruhig da und mengt euch nicht ein. Das ist nicht nur ein Rat, das ist eine Warnung!

Blutterror in Haifa

Paris, 14. Januar, (Telegramm des „Judenstaat"). Der Präsident der Weltunion der Zionisten-Revisionisten Vladimir Jabotinsky hat aus stadruth ein regelrechte Pogrom auf revisio- Tagen geht hier von seiten der sozialistischen HiHaifa folgendes Telegramm erhalten Seit vier nistische Arbeiter nieder. Man zählt bereits 30 verwundete Revisionisten; darunter befindet sich auch der Generalsekretär der revisionistischen Partei Mayerowitsch. Zwei Häuser sind zerstört worden. Das revisionistische Klublokal ist vollständig demoliert. Einzelne Revisionisten werden in den Straßen überfallen und fürchterlich geprügelt. Sie werden bis in ihre Wohnungen verfolgt, deren Einrichtungen man zertrümmert.

Der Vorfall hat folgende Vorgeschichte: Die zwei revisionistischen Unternehmer Weidenfeld und Lewin, die 70 Arbeiter beschäftigen, darunter 3 der sozialistischen Histadruth, wurden aufgefordert alle Nichtsozialisten zu entfernen und nur Sozialisten zur Arbeit einzustellen. Die Unternehmer lehnten diese Forderung ab; worauf der Pogrom ausbrach.

Jabotinsky antwortete telegraphisch: Wir werden es die Welt wissen lassen, uns euerer annehmen. Seid stark und fest. Chasak Weematz!

London, 16. Januar. Hier fand eine inoffizielle Beratung des Zionistischen Aktions-Comitees statt:

Ing. S. Jacobi, Vorsitzender des Parteirates der Weltunion der Zionisten-Revisionisten und Mitglied des zion. A.-C., brachte in dieser Sitzung ein Jabotinsky und ihm aus Haifa zugegangenes Telegramm zur Sprache, wonach am vergangenen Samstag Mitglieder der Arbeiterpartei in Haifa das revisionistische Klublokal und zwei von Revisionisten bewohnte Häuser demolierten, in Wohnungen von Revisionisten eindrangen, die Insassen auf die Straße zerrten und verprügelten. Dabei wurden der Revisionistenführer Meyerowitsch und 30 Revisionisten verwundet. Alles dies, weil ein revisionistischer Fabriksbesitzer die Arbeitsbedingungen der Histadruth ablehnte. Jacobi forderte, daß die A.-C.-Leitung Erkundigungen bei der Jüdischen Gemeinde in Haifa einhole, was aber Locker und Brodetsky mit der Begründung ablehnten, daß die A.-C.-Beratung anderen Zwecken diene.

*

Haifa ist eine Festung der sozialistischen Histadruth. Bisher wagte es kein revisionistischer Arbeiter dort Arbeit zu suchen und kein Unternehmer, einen solchen einzustellen. Mit der Inaugurierung einer nationalen jüdischen Gewerkschaft wird es auch in Haifa anders. Die Antwort der Sozialisten, die — das sei vermerkt — gerade in ihrer Hochburg Haifa auch eine Anzahl von Arabern bei sich organisiert haben, ist nun blutiger, mörderischer Terror. Die Angst treibt ihnen das Messer in die Faust, erfüllt sie mit dem Furor zaristischer Pogrom-Banden. Es sei, wie immer — der nationale jüdische Arbeiter wird nicht weichen!

(Anmerkung der Redaktion).

Misrachi verlangt Demission der Zionistischen Exekutive

Jerusalem, 15. Januar Die Exekutive der Welt-Misrachi teilt der Jüdischen Telegraphen-Agentur mit, daß der Misrachi-Weltverband sich offiziell an die Leitung der Zionistischen Weltorganisation in London mit der Forderung gewandt hat, auf die Tagesordnung der bevorstehenden Sitzung des Zionistischen Aktions-Komitees eine Aussprache über den Vorschlag zu setzen, daß die gegenwärtige Exekutive der Jewish Agency zurücktrete, um die Wahl einer Koalitionsleitung zu ermöglichen. Ferner schlägt Misrachi vor, daß sich das Aktions-Komitee mit den dem Kongreß unterbreiteten misrachistischen Forderungen, betreffend, die Einhaltung der religiösen Vorschriften in Palästina, sowie mit Einwanderungsfragen, insbesondere mit der Art der Verteilung der Zertifikate und mit der Mittelstandssiedlung, befasse.

Der Tageszeitung »Doar Hayom« zufolge wird sich die Exekutive des Misrachiverbandes in ihrer nächsten Sitzung ausführlich mit der Forderung nach Umbildung der Agency-Exekutive im Sinne einer alle Parteien umfassenden breiten Koalition beschäftigen. Die Hauptleitung der Organisation sei nunmehr zu einem radikalen Standpunkt gelangt, während die Opposition erheblich geschwächt sei. Die Diskussion auf der nächsten Tagung der Misrachi-Exekutive werde vor allem das Verhältnis zur derzeitigen Exekutive der Jewish Agency zum Gegenstand haben.

1933 kamen 30.000 Juden legal nach Palästina

Jerusalem, 16. Januar. Auf Grund der bis Ende November 1933 vorliegenden offiziellen Ziffern und der Schätzung für Dezember 1933 gibt die Exekutive der Jewish Agency die Zahl der legalen jüdischen Einwanderer in Palästina für das Jahr 1933 mit 30.000 an. Diese Ziffer schließt nicht diejenigen Einwanderer ein, die als Touristen ins Land kamen und sich dort ohne Aufenthaltserlaubnis seßhaft gemacht haben.

Goldminen gefunden?

»Al Islamia« teilt mit, daß Herr Williams, der Generaldirektor der »Sulphur Quarries Limited« in einer Entfernung von 200 km von Gaza Gold und Magnesium gefunden hätte.

Mordfall Arlosoroff: **Der Anklage geht es immer schlechter**

Vor dem Ende der Groteske

Tel-Aviv, Mitte Januar

Nach der Feststellung des Alibis aller drei Angeklagten, Stavskys, Rosenblatts und Abba Achi Meirs, geht der Verteidiger Horace Samuel mit Volldampf auf die Zertrümmerung der Aussagen der Hauptbelastungszeugen los.

Die Anklage hatte eigentlich nur einen einzigen wichtigen Zeugen: die bekannte „reumütige Büsserin" Rebekka Feigin. Denn auf ihre Aussage hin wurden ja die Massenverhaftungen der revisionistischen Führer als Konspiratoren des „Brith Habirjonim" vorgenommen, ihretwegen wurden Rosenblatt und Achi Meir auf die Anklagebank gesetzt. Man mußte deshalb annehmen, daß die Ankläger diese Rebekka Feigin als „Knalleffekt" des endgiltigen Untersuchungsergebnisses dem Richter präsentieren werden. Das ist aber nicht geschehen. Die Anklage ist sich anscheinend in letzter Minute doch dessen bewußt geworden, daß ein Erscheinen der Feigin vor der Oeffentlichkeit einen fatalen Ausgang für die Anklage bedeuten könnte, und sie verzichtete auf diese Zeugin.

Den in Palästina geltenden Gesetzen gemäß hat die Anklage kein Recht, zur Prozeßverhandlung einen Zeugen zu bringen, der ein Protokoll unterfertigt hat, bevor noch der Untersuchungsrichter seine Arbeit beendet und der Zeuge selbst vor ihn gebracht wurde. Rebekka Feigin darf somit von seiten der Anklage nicht mehr als Zeugin geführt werden. Die Anklage hat also niemand mehr, ausser Frau Arlosoroff, die erklärte, Stavsky und Rosenblatt mit hundertprozentiger Sicherheit zu erkennen, und die zwei arabischen „Fußspurensucher", die am Tatort die Fußspuren der Mörder erkannt haben wollen.

Zur letzten Verhandlung ließ der Verteidiger Samuel diese Araber vorladen. Polizeikommissär Shitreet protestierte zwar. Diese arabischen „kriminalistischen Genies" seien ja schon zu oft strapaziert worden. Der Richter Bodilly entschied aber schließlich im Sinne der Verteidigung und Horace Samuel konnte nun von ihnen im Kreuzverhör eine „Kleinigkeit" heraus bekommen: daß bei den Fußspuren des Kleineren (die als jene des Rosenblatt ausgelegt wurden) auch Sporenzeichen bemerkt wurden... Das genügte dem Advokaten. Diese Sporenzeichen geben ihm den Schlüssel für das ganze Rätsel. Denn aus der Aussage des berittenen Polizisten Feldmann ist zu ersehen, daß dieser und der Polizist Lurie als erste beim Tatort erschienen waren und daß das, was die arabischen Fußspurensucher als die Fußspuren der Mörder erkannten eben die Fußspuren des hochgewachsenen Lurie und des kleinen Feldmann mit den Sporen sind. Mehr noch. Der Polizist Feldmann hatte sich, als er die Anhöhe beim arabischen Friedhof betrat, zur Seite begeben, um ein menschliches Bedürfnis zu verrichten. Auch für dieses Faktum konnte der Verteidiger Samuel eine Bestätigung durch die arabischen Fußspurenexperten erlangen. In der Tat, erklärte der eine von ihnen, waren bei Verfolgung der Schritte der zwei Mörder abseits auf der Anhöhe feuchte Anzeichen im Sand zu sehen.

Die Sache ist nun klar. Es besteht kein Zweifel, daß die „entdeckten" Fußspuren der „flüchtenden Mörder Stavsky und Rosenblatt" den Polizisten Lurie und Feldmann zugehören. So wird auch mit einem die mysteriöse Geschichte mit dem Hund verständlich, die seinerzeit der Polizist Kampf ins Treffen führte. Denn derselbe Feldmann hatte, wie er erklärt, auch einen Hund mit...

Der Verteidiger geht nun an die „hundertprozentige Sicherheit" der Frau Arlosoroff heran.

Herr Schamai Kuperstein, ein junger Bauingenieur, der bei der technischen Abteilung der Stadtverwaltung Tel-Aviv angestellt ist, sagte unter Eid folgendes aus:

„An jenem Freitag abends machte ich um neun Uhr abends gemeinsam mit meinem Freund, dem Polizisten Shermeister, eine Fahrradpartie in der Gegend des Schlachthauses. Als wir zur I. L. Gordon-Straße kamen, kam uns Frau Adniah Krassner entgegen (deren Mann Korporal der Polizei war und heute im Sekretariat der „Histadruth Haowdim" arbeitet), die uns erzählte, daß man irgend einen „jungen Mann" soeben am Meeresstrand durch einen Revolverschuß verletzt habe. Shermeister machte hierauf kehrt, um den „Roten Magen David" zu holen und ich selbst begab mich mit Frau Krassner zum arabischen Friedhof. Dort trafen wir aber niemand mehr an, begaben uns deshalb in die Richtung zur Stadt. Als wir zur Pension Käthe Dan kamen, trat ich ein und fand Shermeister, wie er eben telefonierte, an. Er bemühte sich, eine Verbindung mit der Polizei in Tel Aviv und Jaffa zu erhalten. Neben Shermeister stand Frau Arlosoroff und diktierte ihm, was er zu sagen habe, daß nämlich die Attentäter Araber waren. Nach Beendigung des Gesprächs ließ sich Shermeister Papier und Tinte geben und begann ein Protokoll zu verfertigen. Unterdessen traten einige Polizeioffiziere ein, von denen der eine das angefangene Protokoll übernahm, während ich und Shermeister Lux-Lampen holen gingen. Nachdem dies geschehen war, fuhr Shermeister mit anderen Polizisten in einem Auto davon, ich selbst fuhr in der Gegend auf einem Motorrad herum."

Das letztere Detail ist von ungeheuerer Wichtigkeit. Denn einer der Belastungszeugen hatte am Freitag nachts nach dem Mord das Geräusch eines Motorrads gehört, woraus die Anklage folgern wollte, daß die Revisionisten einen der ihren mit einem Motorrad auf Posten stehen hatten.

Der Polizist Shermeister bestätigt die Aussage Kupersteins Wort für Wort. Ja er hat ungefähr fünfzehn Minuten lang am Protokoll geschrieben. Frau Arlosoroff hat deutlich diktiert, daß Araber ihren Mann erschossen haben. Das Protokoll hat ihm Inspektor Goffer abgenommen, und er und Kuperstein sind Lux-Lampen holen gegangen.

Nun entsteht die Frage: Wohin ist jenes Protokoll verschwunden? Polizist Shermeister erklärt, daß er später Goffer nach dem Protokoll gefragt und zur Antwort erhalten habe, daß es Major Rice übergeben wurde. Staatsanwalt Shitreet will nun vom Zeugen erfahren, ob es vorkommen kann, daß bei der Polizei ein Dokument verloren gehe. Der Zeuge will nicht antworten und Richter Bodilly erklärt kategorisch, daß Dokumente nicht verloren gehen dürfen.

Man muß noch hinzufügen, daß eine ganze Zeit lang die Akten dem Rapport der Jaffaer Polizei nicht beigelegt waren, wo deutlich verzeichnet war, daß nach der ersten Meldung aus Tel-Aviv Frau Arlosoroff erklärt hat, Araber hätten ihren Mann erschossen.

Kurz, die zwei neu entdeckten Fakten zertrümmern den ganzen Bau der Anklage. Die arabischen Fußspurensucher haben ihre Kunstübungen an den Fußspuren der Polizisten gemacht und Frau Arlosoroffs „Sicherheit" über Stavsky und Rosenblatt ist alles andere als sicher.

J. L. W.

*

Die letzten Verhandlungen

Jerusalem, 10. Januar (Z.T.A.) Beim Zeugenverhör im Mordfall Arlosoroff kam es zu einer dramatischen Szene, als der Staatsanwalt Herr Shitreet der Verteidigung unterstellte, sie wolle die Mordschuld auf Frau Arlosoroff schieben. Der Zwischenfall ereignete sich nach der Aussage des Ingenieurs Andrew Guth, der bekundete: An dem Abend, an dem der Mord geschah, gegen 22 Uhr, sei er in ein Haus in der Yarkon-Straße in Tel-Aviv gegangen und habe sein Auto draußen stehen lassen. Um 22.30 Uhr ertönte die Hupe seines Wagens. Als er hinauseilte, wurde ihm gesagt, in der Nähe der Gerberei sei ein Mann verletzt worden, der bitte, ins Hospital gefahren zu werden. Als er hinzukam, erkannte er in dem Verwundeten Dr. Arlosoroff. Er fragte ihn, was geschehen sei; Arlosoroff erwiderte: ich bin angeschossen worden, die Einzelheiten werde ich im Hospital mitteilen.

Staatsanwalt Shitreet ersuchte Guth, zu wiederholen, was ihm Dr. Arlosoroff gesagt habe. Guth wiederholte, Dr. Arlosoroff habe gesagt: »Ich bin angeschossen worden«.

Richter Bodilly, der das Verhör leitete, erkundigte sich, warum Shitreet diese Frage nochmals gestellt hat. Shitreet erklärte: Die Feststellung Guths ist wichtig, weil sie der Taktik der Verteidigung widerspricht, die versucht, Frau Arlosoroff zu beschuldigen, auf ihren Mann geschossen zu haben.

Ich habe nichts dergleichen gesagt!« erklärte der führende Anwalt der Verteidigung Horace Samuel.

Joshua Gordon vom Sekretariat der Jewish Agency, der Frau Arlosoroff von der Mordstelle wegführte, bekundete vor Gericht, Frau Arlosoroff habe zu ihm gesagt,, einer der Mörder sei hell und Jude, der andere dunkel und Araber gewesen. Weiters sagte sie, ihr Mann habe sich etwa 10 Schritt entfernt vor ihr befunden, als die Mörder ihn ansprachen.

In der nächsten Verhandlung kam die Broschüre von Ben Zion Katz »Ich kann nicht länger schweigen!« zur Sprache, in der die Aussage Schamai Kupersteins reproduziert wird, wonach Frau Arlosoroff kurz nach dem Mord erklärt hätte, ihr Mann sei durch Araber erschossen worden. Kuperstein, nochmals als Zeuge vernommen, blieb bei der Aussage, daß Frau Arlosoroff diese Erklärung abgegeben hätte. Der Büroangestellte Samuel Moldawsky sagte aus, er sei an dem Mordabend mit einem Mädchen am Strande in der Nähe der Käte Dan-Pension, wo das Fhepaar Arlosoroff gewohnt hat. spazieren gegangen. Plötzlich habe ihm eine Person mit heller Haar- und Gesichtsfarbe mit einer Lampe ins Gesicht geleuchtet, und sei weitergegangen. Kurz darauf hörte er vom Strande her einen Schuß fallen. Er brachte den Vorfall der Histadruth zur Kenntnis. Später wurde ihm Stavski gezeigt. er konnte ihn aber nicht als die Person identifizieren, die ihm ins Gesicht geleuchtet hatte.

Die Regierung bereitet das Parlament vor:

„Kommunale Selbstverwaltung eingeführt"

Jerusalem, 15. Januar. Die Regierung Palästinas hat soeben die Verordnung betreffend Schaffung von kommunalen Selbstverwaltungs - Körperschaften verkündet und damit in Kraft treten lassen.

Wie der High Commissioner für Palästina, General Sir Arthur Wauchope als Vertreter Großbritanniens auf der Tagung der Permanenten Mandatskommission des Völkerbundes im Jahre 1932 erklärt hatte, hat das Inkrafttreten der Gemeinde - Selbstverwaltungsverordnung die Bedeutung einer ersten Aktion in der Richtung der Schaffung eines Selbstverwaltungsregimes in Palästina und ist als Vorstufe zu einem Legislative Council (Gesetzgebende Körperschaft) zu betrachten. Wie bekannt, widersetzten sich der gesamte Jischuw und sämtliche zionistische Parteien der Einrichtung eines Legislative Council, so lange die gegenwärtigen bevölkerungspolitischen Verhältnisse bestehen und die arabischen Faktoren das Mandat und die Balfour-Deklaration nicht anerkennen.

In der Selbstverwaltungsordnung wird die Prozedur bei der Errichtung der kommunalen Körperschaften und bei der Ausschreibung der Wahlen zu diesen Körperschaften, ebenso deren Funktionen im Detail festgesetzt. Gegenwärtig kommen folgende 23 Orte für die Schaffung von kommunalen Selbstverwaltungen in Betracht: Akko, Beisan, Beer-Scheba, Beit Jala, Bethlehem, Gaza, Haifa, Hebron, Jaffa, (Jenin, Jerusalem, Khan Yunis, Lydda, Majdal, Nablus, Nazareth, Ramallah, Ramleh, Safed, Shefa Amr, Tel-Aviv, Tiberias und Tulkarem.

Gemäß der Verordnung muß der High Commissioner jeden Wunsch der Mehrheit der Einwohner irgendeiner Ortschaft nach Einführung einer Selbstverwaltung einer Prüfung unterziehen und dazu eine Kommission einsetzen, der mindestens ein Nichtbeamter anzugehören hat. Die endgiltige Entscheidung unterliegt dem Ermessen des High Commissioner. Der High Commissioner hat die Befugnis, die Zahl der Räte in jeder Gemeinde festzusetzen, beziehungsweise diese Zahl zu erhöhen oder herabzusetzen. Er darf nach eigenem Ermessen einen bis zwei Räte für Jerusalem und Haifa zu den gewählten hinzu nominieren. Die Wahlen zu den Stadträten finden alle fünf Jahre statt. Den Bürgermeister und die Vizebürgermeister ernennt der High Commissioner aus der Mitte der Stadträte; er kann sie jederzeit ihres Amtes entheben und andere Räte an ihre Stelle setzen. Glaubt er, daß eine Stadtrepräsentanz ihren Aufgaben nicht gerecht wird, so kann er sie auflösen und eine neue Wahl ansetzen, inzwischen eine Regierungskommission zur Führung der Verwaltung ernennen. Ein Kommunalstatut tritt erst dann in Wirksamkeit, wenn der High Commissioner es bestätigt hat. Vor den Wahlen hat überall eine Liste der Wahlberechtigten aufzulegen, aus deren Mitte der High Commissioner das Wahl-Komitee ernennt.

Mit Ausnahme von Tel-Aviv hat in jedem Orte mit kommunaler Selbstverwaltung jeder männliche palästinensische Bürger von 25 Jahren aufwärts Stimmrecht und von 30 Jahren aufwärts auch passives Wahlrecht, letzteres aber nur, wenn er in der Gemeinde für unbewegliches Eigentum mindestens ein Pfund Steuern jährlich oder mindestens ein Pfund an Munizipialgebühren jährlich leistet. Tel-Aviv macht insoferne eine Ausnahme, als dort auch Frauen, ebenso wie Männer, von 25 Jahren aufwärts aktives und passives Wahlrecht haben.

Amerikas Judenheit protestiert

New York, 14. Januar. Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Zionistischen Organisation Amerikas und Mitvorsitzenden des Council der Jewish Agency Morris Rothenberg fand in New York eine Konferenz von Repräsentanten aller großen jüdischen Organisationen der Vereinigten Staaten, auch solcher des American Jewish Congress und des American Jewish Committee, statt, in der die Politik der Palästina-Regierung in letzter Zeit besprochen wurde. Es wurde eine Resolution gefaßt, in der an den High Commissioner für Palästina der Appell gerichtet wird, alle der Zulassung von Juden nach Palästina im Weg stehenden Hindernisse zu beseitigen. Die Konferenz brachte in der Resolution ihre tiefe Besorgnis über die in Palästina entstandene Lage zum Ausdruck, von der gesagt wird, daß sie sowohl die Zukunft der jüdischen nationalen Heimstätte, als auch die wichtigsten Interessen aller Bewohner des Landes gefährdet. Ferner wird die tiefe Enttäuschung der amerikanischen Judenheit über die von der Palästina-Verwaltung bezüglich der Einwanderung-Schedule getroffene Entscheidung zum Ausdruck gebracht und darauf hingewiesen, daß dieses Vorgehen Bestehen und Ausbau der palästinensischen Unternehmungen schwerstens gefährde und in offenkundigem Widerspruch zum Geist der Balfour-Deklaration und des Palästina-Mandats stehe. Die Resolution bringt auch das Bedauern über die in Palästina gegen Touristen getroffenen Maßnahmen zum Ausdruck, die als unverdiente Beleidigung der jüdischen Gefühle bezeichnet werden. Es wurde eine Delegation gewählt, die den Auftrag erhielt, diese Resolution dem englischen Botschafter in Washington zu überreichen.

Ein Aufruf alter Revisionisten-führer

Wir haben in unserer letzten Nummer die Mitteilung bringen können, daß die drei bekannten Führer und Mitbegründer der zionistisch - revisionistischen Bewegung Dr. Julius Brutzkus, J. Trivus und Dr. Schwarzmann, die nach den bekannten Vorgängen auf der revisionistischen Weltparteiratssitzung in Kattowitz vom März 1933 der suspendierten Exekutive Gefolgschaft leisteten, ihren Wiedereintritt in die revisionistische Union vollzogen haben, nachdem vorher in einem Briefwechsel mit dem Präsidenten der Weltunion alle Mißverständnisse bereinigt wurden.

Dr. J. Brutzkus war bekanntlich Abgeordneter der russischen Konstituante und später Minister für jüdische Angelegenheiten in Litauen; J. Trivus war jüdischer Abgeordneter der ukrainischen Konstituante und langjähriges Mitglied der revisionistischen Welt-Exekutive; M. Schwarzmann fungierte als Mitglied des höchsten Organes der jüdisch-nationalen Autonomie in der Ukraine und war Präsident der revisionistischen Organisation in England. Alle drei wenden sich jetzt in einem Aufruf an alle ihre Freunde, den Wiedereintritt in die revisionistische Union zu vollziehen und aktiv an der Bewältigung von deren Aufgaben teilzunehmen.

Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

»Vor neun Monaten gab es im Schosse des Revisionismus eine Unstimmigkeit zwischen der Exekutive der Partei und ihrem Präsidenten, die aus ernsten Motiven entstanden war.

Seit jener Zeit sind viele Ereignisse eingetreten, die die allgemeinen Interessen des Judentums berühren und so schwer auf die allgemeinen zionistischen Probleme wirken, daß im Vergleiche damit die Motive für die Unstimmigkeit in den revisionistischen Reihen ihre Schärfe eingebüßt haben und gegenüber den höheren Anforderungen des kritischen Augenblicks zurücktreten mußten.

Wir wenden uns an alle Freunde und Gesinnungsgenossen, die sich damals zum Schutz unserer legalen Exekutive begaben, mit der Bitte, zur Arbeit und zum Lebensziel der Mehrheit der revisionistischen Weltunion zurückzukehren.

Sie müssen mit uns zusammen anerkennen, daß jetzt keine Zeit dafür ist, unsere Kräfte zu zersplittern und daß, im Gegenteil, die Losung eines wirklichen jüdischen Patrioten heute »Union sacrée« sein muß. Jede Spaltung der revisionistischen Partei in verschiedene Gruppen steht in einem tiefen Widerspruch zu dem Ziel, dessentwegen die Partei geschaffen wurde. Der national-staatliche Zionismus würde dadurch nur verlieren — und sehr viel verlieren.

Die gegenwärtige Mehrheit der revisionistischen Partei, die durch ihre Exekutive vertreten ist, hat alles, was möglich ist, getan, um unserer Minderheit vollen Meinungsschutz zu garantieren.

Wir rufen alle unsere Gesinnungsfreunde auf, sich wieder um die einheitliche revisionistische Exekutive zu scharen und mit der notwendigen Mitarbeit einzusetzen.

Dr. Julius Brutzkus
J. Trivus Dr. M. Schwarzmann

Beschlüsse der Agudah Polens

Warschau. Die vierte Landeskonferenz der Agudas Jisroel in Polen hat eine Reihe Resolutionen angenommen, die folgendes zum Inhalt haben:

Die polnische Agudas Jisroel nimmt nicht an dem Jüdischen Weltkongreß teil, dagegen wird sie an jeder Arbeit für Hilfe an die deutschen Juden teilnehmen. Sie proklamiert die Schaffung eines Fonds von einer Million Zloty für den Keren Hajischuw zur Förderung einer orthodoxen jüdischen Kolonisation in Palästina und beschließt die Gründung einer orthodoxen Arbeiterorganisation und die Herausgabe einer hebräischen Tageszeitung in Jerusalem. An die englische Regierung wird appelliert, Juden die freie Einwanderung nach Palästina zu gestatten. Ueber die Verfolgung von Palästina-Touristen wird die Empörung zum Ausdruck gebracht.

Vor Schluß der Konferenz hielt die große Rabbiner-Kommission der Agudah (Moazoth gedole hathora) eine Beratung ab, der 14 Chassidim-Rabbis und 30 Gemeinderabbiner beiwohnten. Es wurde das Erziehungsproblem eingehend erörtert. Es wurde beschlossen, daß die Agudas Jisroel an der vom Misrachi einberufenen Weltkonferenz des orthodoxen Judentums für Palästina-Arbeit nicht teilzunehmen habe und mit dem Misrachi solange nicht zusammenarbeiten solle, als der Misrachi einen Teil der Zionistischen Organisation bildet.

Frauen besetzen das Palästina-Amt in Saloniki

Saloniki, 10. Januar. Im Palästina-Amt von Saloniki haben stürmische Kundgebungen von Frauen, die infolge der beschränkten Zahl der zugewiesenen Zertifikate keine Einreiseerlaubnis nach Palästina bekommen können, stattgefunden. Eine Gruppe von Frauen besetzte das Palästina-Amt und erklärte, nicht früher weichen zu wollen, als bis die Leiter die Zertifikate, die sie offenbar nur versteckt hätten, ausgegeben haben würden. Es kam zu erregten Szenen, viele Frauen verfielen in Schreikrämpfe. Das Palästina-Amt mußte infolge der Kundgebungen auf einen Tag geschlossen werden. Die Mitglieder der Zuteilungskommission erhalten ständig Drohbriefe. Der Vorsitzende der Kommission und ihr Vertreter beim britischen Konsulat haben demissioniert.

An unsere Leser!

Eine der nächsten Nummern unseres Blattes erscheint in bedeutend verstärktem Umfang als spezielle „Petitionsnummer", gewidmet der jüdischen Weltpetitionsbewegung, die am 1. Jänner eingesetzt hat.

Die jüdische Petitionsbewegung wird in dieser Nummer von berufener Feder allseitige Beleuchtung erfahren.

Bestellungen dieser Spezialnummer sind an die Administration des Blattes zu richten.

Preis dieser Nummer 35 Groschen.

Aus Palästina

Die Industrielle Entwicklung in der Haifa-Zone

Von etwa 50 Bewerbern um Grundstücke im Gebiet der Haifa-Bucht, auf denen Fabriken errichtet werden sollen, wurde seitens des Jüdischen Nationalfonds 40 Bewerbungen stattgegeben; vier der Bewerber haben bereits mit der Errichtung der Fabriken begonnen. Man nimmt an, daß in diesem Gebiet Hunderttausende Pfund investiert werden würden. Der jüdische Nationalfond und die Palestine Economic Corporation, die den Boden verpachten, werden einen Jahresumsatz von etwa 156.000 Pfund haben. In der Regel werden solchen Unnehmungen ein bis fünf Dunam Boden zur Errichtung von Fabriken zugeteilt; die neue Silikat-Fabrik, in die 15.000 Pfund investiert werden, erhielt 12 Dunam. Der jetzt zur Entwicklung gelangende Bodensektor liegt zu beiden Seiten der Hauptstraße Haifa-Akko. Die Industrie-Zone umfaßt 10.000 Dunam, von denen erst 200 Dunam vergeben worden sind. Auch der Wohnungsbau schreitet rapid vorwärts. Außer den bereits errichteten 200 Häusern im Arbeiterwohnviertel Sichron Chaim werden im Jahre 1934 weitere 200 Häuser für Arbeiter errichtet werden. Unmittelbar an diese Arbeitersiedlung grenzt eine Mittelstandssiedlung, auf der demnächst 300 Häuser errichtet werden. Für Einwanderer aus Deutschland hat der Nationalfond ein Terrain für 100 Häuser und für landwirtschaftliche Betriebe zur Verfügung gestellt. Die Pachtverträge lauten auf 49 Jahre. Pachtbedingung ist unter anderem: Beschäftigung jüdischer Arbeiter und Haltung des Sabbath und der jüdischen Feiertage.

Tätigkeit der Land Development Company

Aus dem Rechenschaftsbericht zur diesjährigen Generalversammlung der Palestine Development Company geht hervor, daß die Gesellschaft im Jahre 1932 städtischen Boden im Werte von 41.000 Pfund verkauft hat, davon 80% in Jerusalem (Rehaviah). Im Jahre 1933 wurde städtischer Boden im Werte von 135.000 Pfund abgegeben; hievon 50% in Hadar-Hakarmel und 45% in Rechaviah Die Gesamtfläche des für die Landwirtschaft geeigneten Bodens, der durch die P. L. D. C. verkauft wurde, war ziemlich gering. Von den 18.500 Dunam, die von Juden angekauft wurden, sind durch die Gesellschaft im Jahre 1932 9500 Dunam und im Jahre 1933 nur 6500 Dunam verkauft worden.

Industrieviertel bei Petach-Tikwah

100 Dunam Boden wurde durch die Industriellen-Vereinigung von der Pica erworben worden und unter 30 Industrielle verteilt. Der Boden befindet sich an der Straße Tel-Aviv—Petach-Tikwah. Bald soll mit dem Bau der Fabriken begonnen werden. In dieses Gebiet sollen unter anderem folgende Fabriken verlegt werden: Zitrus-Kisten-Fabrik, Seifenfibrik, drei Boden-Marmorbearbeitungsfabrik, Papierfabrik, drei Bodenplattenfabriken, eine Druckerei, Tischlereien usw. Außerdem sollen dort neue Fabriken entstehen, wie zwei große und eine kleine Metallfabrik, eine Druckerei und eine chemische Fabrik.

Das neue Industrieviertel befindet sich in der Nähe der Knochenmehlfabrik »Barna« und an der Stelle, wo in Bälde die Nagelfabrik »Barselit« errichtet werden soll. Die Verwirklichung dieses Planes soll das Projekt der Verbindung Tel-Avivs mit Petach-Tikwah näher bringen.

Banken-Kommission der Regierung

Die palästinensische Regierung ernannte eine Banken-Kommission zur Festsetzung der notwendigen Aenderungen der Bankverordnung aus den Jahren 1920—1922, und insbesondere zur Sicherung der Bona-Fides der neu zu gründenden Banken. Die Kommission hat das Minimalkapital festzusetzen, das die Banken nach Ablauf des ersten Jahres vom Tage der Registrierung einzuzahlen haben.

Vorsitzender der Kommission ist Herr Johnson. Mitglieder der Kommission sind die Herren: S. Hoofien, Direktor der Anglo-Palestine Bank Ltd.; A. Schenkar, Präsident des Industriellenverbandes; Dr. M. Smoira, Obmann der Vereinigung jüdischer Rechtsanwälte; A. S. P. Clark, Leiter der Barclays Bank; Haj Taker Bey Karaman; Abdel Raham Bey Taji; El Haj Muhamed Nimr es Nabuli und Shukri Eff el Deeb.

Die Handelsbilanz

Wie aus soeben veröffentlichten Statistiken hervorgeht, ist der Import nach Palästina in den Monaten Juli, August und September 1933 gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres bedeutend gestiegen, der Export hingegen um etwa 60% gesunken. Diese Erscheinung wird darauf zudückgeführt, daß einerseits die starke Neueinwanderung im Jahre 1933 eine bedeutende Einfuhr von Uebersiedlungsgut mit sich gebracht hat, andererseits ein großer Teil der früher dem Export zur Verfügung gestandenen Waren vom Binnenmarkt aufgenommen wurde. Dies bezieht sich vor allem auf landwirtschaftliche Produkte, die im Lande selbst einen günstigeren Markt fanden als im Ausland. Im Juli, August und September 1933 betrug der Palästina-Import 930.215, bezw. 937.572 und 1,011.182 Pfund gegenüber 554.947, 790.981 und 899.611 Pfund in den gleichen Monaten des Vorjahres. Die entsprechenden Exportziffern lauten für 1933 99.815, 125.989 und 107,891 Pfund gegenüber 234.170 216.873 und 187.831 Pfund im Jahre 1932.

Jugoslavien auf der Lewante-Messe

Die jugoslawische Regierung hat dem Jugoslawisch-Palästinensischen Wirtschaftskomitee die Summe von 100.000 Dinar zur Errichtung eines jugoslawischen Pavillons auf der Levante-Messe in Tel-Aviv im Frühjahr 1934 zur Verfügung gestellt. Der Präsident des Wirtschaftskomitees Dr. Friedrich Pops besuchte in Begleitung des Chefs des Instituts zur Förderung des Außenhandels im Handelsministerium Dr. Turaj Tomitschic den Finanzminister, der ein besonderes Interesse für die Levante-Messe bekundete. Der jugoslawische Pavillon wird die erste jugoslawische Wirtschaftsausstellung in der Levante sein.

Österreich und die Lewante-Messe

Die besonderen Umstände der letzten Zeit haben ein rapides Ansteigen des österreichischen Exports nach Palästina mit sich gebracht. Die Entwicklung des österreichischen Exports nach Palästina ist dadurch charakterisiert, daß der gesamte Export im Jahre 1932 die Höhe von S 1,986.000.— erreichte, während die entsprechende Ziffer für die ersten 11 Monate des Jahres 1933 nicht geringer als S 4,205.000.—, also schon mehr als doppelt so hoch ist. Die Hauptausfuhrartikel Oesterreichs sind Hefe, Textilwaren, Maschinen, Papier, Möbel, Farben, Baubeschläge, Stahlwaren, Haushaltungsartikel, kunstgewerbliche Arbeiten usw. Das Aussteller-Interesse österreichischer Firmen ist nicht besonders groß. Es scheint, als ob die seit Jahren gezüchtete Zurückhaltung gegenüber dem Levante-Markt in Tel-Aviv noch nicht überwunden ist.

Archälogische Funde in Tranjordanien

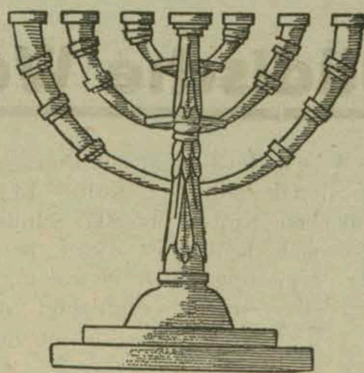
Wie aus Jerasch in Transjordanien gemeldet wird, sind bei einem Straßenbau beschäftigte Arbeiter auf ein unterirdisches Gewölbe gestossen, daß reiche Vorräte römischer Terrakotta-Büsten und Oellampen enthält. Beamte des Regierungsdepartments für Altertümer haben sich an die Fundstelle begeben und Hunderte solcher Büsten, darunter einige von hohem künstlerischem Wert, geborgen. An einigen Exemplaren waren die Farben der Originalbemalung vollständig erhalten. Die Funde datierten ungefähr aus dem zweiten oder dritten Jahrhundert vor Beginn der bürgerlichen Zeitrechnung. Die weiteren Forschungsarbeiten wurden von der American School of Oriental Research in Jerusalem übernommen.

Neue Arbeitersiedlung

In Ras el Ain bei Petach Tikwah hat die Kommission zur Unterbringung von Neueinwanderern, die vom Petach Tikwaer Arbeiterausschuß eingesetzt wurde, 1000 Dunam zur Anlage einer neuen Arbeitersiedlung erworben. Das Grundstück grenzt an das Araberdorf Pajja und an das Gebiet der Yarkon-Konzession. Geplant ist die Ansiedlung von 200 Familien, davon 50 Familien deutsch-jüdischer Einwanderer. Die übrigen Siedler sind landwirtschaftliche Arbeiter aus der Scharon-Ebene und Judäa. Nach Uebergabe der Besitztitel haben Mitglieder des Irgun, der landwirtschaftlichen Siedlungskooperative, mit den Pflugarbeiten begonnen.

Die Werbewochen für den „Judenstaat" beginnen!

Berit Trumpeldor



Beilage des „Judenstaat"

Erscheint vierzehntägig | Nr. 8 | Herausgeber: Arjeh Köppel

Vladimir Jabotinsky:

Zur Zehnjahrfeier des Betar

Ich erlebte bisher wenig »Feiertage«, und wie glücklich wäre ich, wenn ich diesen Tag ganz meinem schönen Festtage widmen könnte — dem zehnten Geburtstag der Betar-Bewegung; wenn ich über die Bedeutung und den Sinn dieses Tages ohne Hast, in aller Ausführlichkeit schreiben könnte; wenn ich alle erwähnen könnte, die die Bewegung schufen und aufbauten. Aber leider kann ich es nicht; entschuldigt mich. Von der Ferne, aus dem engen Zimmer meines Büros sende ich allen Freunden einen Händedruck, die es verdienten in der Aufzählung meiner Glückwünsche erwähnt zu werden; und auch allen Kenanim, von Erez Israel bis zur äußersten Grenze der Galuth sende ich meinen Gruß. Ich kenne alle Mängel unserer Bewegung, — ganze Bände könnte ich über diese Mängel schreiben; aber über alle Kritik hinweg erfüllt mein Herz e i n großes Gefühl — ich bin voller Stolz und voller Freude über den Betar; ich bin stolz darauf, daß mir das Schicksal in meinem Alter vergönnt hat, an der Spitze dieser jungen Gemeinschaft zu stehen, einer Gemeinschaft, die in unserer Geschichte nicht ihresgleichen hat.

Aber ich bin nicht nur stolz auf euch: ich e r w a r t e vieles von euch.

Hebräisierung des Betar

Fs wäre lächerlich, mit Ausreden von der »Schwierigkeit« der Spracherlernung zu kommen. Erzählt mir keine Märchen, meine jungen Freunde — es gibt keine »Schwierigkeit«. Das Hindernis liegt anderswo: Mangel an »Hadar«. Es ist nicht hadar-gemäß, daß junge Leute sich »Betarim« nennen, unser rotbraunes Hemd tragen, — Symbol der Erdfarbe unseres Landes, — sich stellen, wie wenn sie zu jedem Dienst, zu jedem Opfer bereit wären, und das erste, so kleine Opfer haben sie noch nicht gebracht, — die Erlernung der Sprache. Es ist nicht hadar-gemäß. Vor etwa einem Monat besprach ich mit unserer Neziwut in Warschau die Einzelheiten der Zeitschrift »Ha-Medina«, die dort in erneuter Form erscheinen soll; und nach eingehender Beratung waren wir gezwungen zu beschließen, daß sie noch nicht zur Gänze hebräisch erscheinen soll, denn es gibt noch viele im »Betar«, die noch nicht hebräisch verstehen. In Danzig mußten wir meist Fremdsprachen benützen, vielleicht wir das auch noch beim zweiten Kinnus Olami notwendig sein. Das ist nicht hadar-gemäß. Bitte versammelt in diesen Tagen alle Kenanim und alle Dargaot und sagt ihnen, in der Sprache, die sie verstehen, diese meine Worte: da habt ihr, meine jungen Freunde, ein Jahr mit zwölf Monaten, und am Ende dieses Jahres müßt ihr entweder hebräisch verstehen oder uns verlassen. Ich will nicht davon wissen, ob es »schwer« ist oder »leicht«: in Hadar-Dingen gibt es weder das eine noch das andere. Zweitens

Die Idee des Gius

Wir formulierten sie in Danzig, aber damals verstanden wir noch nicht den tiefen Sinn dieser Idee. Jetzt sehen wir ihren Sinn und ihre ethische Schönheit. Denn was ist heutzutage »Alija«? Die Jahre, als es eine Art freiwilligen Heldentums bedeutete nach Palästina zu gehen, sind endgiltig vorbei; heute ist die »Alija« kein Opfer mehr, heute singt und tanzt man dabei vor Freude als hätte man das große Los gewonnen. Denn in Erez Israel wird man ein Paradies vorfinden im Vergleich mit der Hölle der Galuth. Die Zeit ist vorbei, da jedermann wußte, daß man sich in der Galuth »einordnen« kann und in Palästina nicht. Heute ist es genau umgekehrt. Aber wir versuchten in Danzig die alte Idee in ihrer ganzen Pracht wiederzubeleben, das Phänomen der Alija mit seiner alten Krone zu schmücken, der Krone des persönlichen Opfers. Nicht um dich »einzuordnen« gehst du hin, sondern um zu dienen. Ein, zwei Jahre sollst du vergessen, wer du bist, sollst du deine Fähigkeiten und Aussichten, deine Träume und dein Streben vergesen. Du wirst gehen, wohin du geschickt wirst: zur Erfüllung des Opfergebotes in der Alija, zur Rettung und Sinnerfüllung des tiefen heiligen Inhalts im merkwürdigen Worte: »Alija« (Ansteigen). Drittens: die

„Pelugot-Avoda"

Auch diesen Namen schufen wir in Danzig und verstanden noch nicht seinen ganzen Sinn. Und jetzt gibt es nirgends etwas Schöneres und etwas so »Betarisches« wie unsere Pelugot-Avoda in Erez Israel. Sogar unsere Feinde sprechen von ihr in großer Ehrfurcht: sie ist die letzte Vertreterin des wahren Pioniertums! Ich möchte viele bittere Worte den Betarim sagen, die nach jenem Danziger Beschluß nach Palästina gegangen sind: warum, meine Brüder, gibt es in der Pelugot-Avoda nur einige hundert Betarim, wenn eure allgemeine Zahl in die Tausende geht? Ich kenne die Ausreden: der eine ging nicht in die Pelugot, weil er eine private Stelle gefunden hat, durch die er »dem Staatsaufbau mehr Nutzen bringen wird«; der andere ging nicht hin, weil er »nicht die Absicht hat, sein ganzes Leben lang Landwirt zu sein, — wozu soll er also das Bauernhandwerk lernen?« — Geschwätz. Diese zwei Jahre gehören nicht dir: du hast sie dem Staat geschenkt; und der Staat wird von diesem reinigenden Phänomen, das »Pelugot Avoda des Betar« heißt, mehr »Nutzen« haben, als von noch einem Buchhalter oder noch einem Zeichner.

Betarim, unterschätzt nicht die Dinge, die kein Körpergewicht besitzen und für das körperliche Auge unsichtbar sind: solche Dinge sind häufig das Wichtigste sowohl im privaten wie im öffentlichen Leben. Von hundert Bekannten, die ihr fragt, werden neunundneunzig euch sagen, daß wir in Palästina »reale« Dinge brauchen und nicht »schöne«, daß jemand, der die Stelle eines Polizisten, eines Kutschers oder Oberkommissars bekommen kann, seine Zeit nicht für die Illusion eines »Opfers« vergeuden sollte, usw. usw. Hört nicht auf sie: es ist Geschwätz. Gerade diese Art »Realismus« hat unser Leben in der Galuth vergiftet, innerlich und äußerlich verzerrt, hat die innere und äußere Feigheit, das Krumme, die Ghetto-Art mit all ihren Schattierungen geschaffen. Was aber führte zur Entstehung, zum Vormarsch und zum Sieg des Hazohar-u-Betar; was wirkte wie ein Zauber auf die Massen und gewann ihr Vertrauen? Sind wir reich? Besitzen wir Einfluß auf die »Mächtigen der Erde«? Bisher machte nur die »Schönheit« unserer Haltung, die Kraft des »Hadar«, unsere ganze Stärke aus, — sie ließ uns siegen, sie erhob uns zu unserer jetzigen Position, sie machte uns zum gewichtigsten Teil der zionistischen Bewegung und zum Brennpunkt aller Hoffnungen des Volkes. — Jetzt haben wir keine Alija, denn wir verwarfen die »Zertifikate« zum Zeichen des Anfanges der Petition; aber in naher Zukunft werden wir Tausende und Zehntausende von Betarim nach Palästina schicken, und mögen sie sich jetzt schon merken: zwei Jahre für die Pelugot-Avoda!

Und nun — ein Lob. Als ich den Befehl zum Boykott der Zertifikate unterschrieb, habe ich selbst nicht geglaubt, daß die Antwort der Bewegung s o vollkommen sein wird. Ich wußte, daß ihr gehorchen werdet, aber ich fürchtete, es werde ein Gehorsam der Disziplin und nicht des Verständnisses sein. Ich habe mich geirrt, denn ihr habt verstanden. Nicht umsonst lehrten wir zehn Jahre hindurch, daß unsere Staatsbewegung mit p o l i t i s c h e n Aktionen beginnt, und daß eine politische Aktion vor den »praktischen« Dingen steht: es ist keine leichte Lehre, sie ist kompliziert und steht im Gegensatz zu den Gepflogenheiten der heutigen Welt — aber ihr habt verstanden.

Ja — natürlich — ich kenne die Mängel und erwarte einen »betarischeren« Betar; aber heute, zur Zehnjahrfeier, bin ich voller Stolz und Freude über den Betar, wie er ist. — Tel-Chai!

Die neue Rasse

Unter »Neue Rasse« versteht der Rosch-Betar nicht eine biologische Rasse, die etwa durch Blutmischung erneuert oder neu gestaltet werden soll, sondern eine »p s y c h o l o g i s c h e« Rasse. Die »Neue Rasse« im Sinne J a b o t i n s k y ' s beinhaltet eine bestimmte g e i s t i g e Haltung, die der Betar sich erwerben soll, eine Haltung, verschieden und gegensätzlich zu der bisnun von der jüdischen Jugend eingenommenen.

Die jüdische Jugend mußte notgedrungen eine geistige Haltung im Laufe der Jahrhunderte der Galut einnehmen, die man als »Galutmentalität« bezeichnet und negativ bewertet. Es ist der Typus des jungen jüdischen Menschen, der durch lärmende Gebarung, Kritikastertum, ewige Spottsucht und aufdringliches Gehaben unsympathisch auffällt.

Demgegenüber verlangt der Rosch-Betar einen neuen Typus des jungen Juden, nicht etwa nur aus dem Grunde, weil er den Begriffen der Aestetik entspringt, oder den Normen der Kultur überhaupt, sondern in letzter Linie darum, weil er den N o t w e n d i g k e i t e n d e s A u f b a u s d e s J u d e n s t a a t e s e n t s p r i c h t.

Das Hauptmerkmal des Galutbegriffes ist das Fehlen der Eigenstaatlichkeit. Das Aufhören der Galut setzt mit dem B e g i n n der Eigenstaatlichkeit ein. Das Judentum unterscheidet sich wesentlich von den anderen Nationen dadurch, daß es keinen eigenen Staat hat, und es hört dieser wesentliche Unterschied mit der Bildung eines jüdischen Staates auf.

Die Bildung eines eigenen Staates ist ein viele Jahrzehnte ausfüllender Prozeß, dem eine geistige Umstellung parallel laufen muß und deren Inhalt den Gesetzmäßigkeiten des Staatsaufbaus entsprechen soll. Indem nun der Rosch-Betar den Begriff der »Neuen Rasse« und des »Hadar-Betar« prägte, hatte er den Notwendigkeiten der seelischen Umstellung Rechnung getragen und eine Bewegung entfacht, die den Effekt der Jahrzehnte vorwegnimmt, seine Voraussetzungen in allen Einzelheiten überblickt und sich zum Ziel bewußtermaßen setzt.

Das Hauptmerkmal der »Neuen Rasse« ist i n n e r e D i s z i p l i n, die man bildlich als Kristalisation der Seele bezeichnen könnte. Es ist die Eigenschaft, die sich im O r d n u n g s w i l l e n äußert. Die innere Disziplin äußert sich im Streben, in allen Lebenslagen und Gebieten Ordnung zu halten. Ordnung heißt aber nichts anderes als Organisation, d. h. solch' eine Lagerung der Elemente, sei es Sachen oder Menschen, sei es Gedanken oder der Begriffsmerkmale, daß hiebei das möglichst reibungslose Zusammensein herauskommt. Was die Gesetze der Logik im Denken, das sind die Gesetze des menschlichen Zusammenlebens im Staate. Sie sind nicht historischer, daher vergänglicher Natur, sondern sie sind e w i g. »Ewig« sind die Gesetze des Staates nicht in dem Sinne, daß sie t a t s ä c h l i c h immer das Zusammenleben der Menschen regulieren, sondern in dem Sinne, daß deren Erfüllung ein v o l l k o m m e n e s Zusammenleben garantiert, einen vollkommenen, gesunden Staat ausmachen. Daher sind diese Gesetze nicht immer p o s i t i v e r Natur, d. h. im Staate jeweils von der Gesetzgebung erfaßt, sondern es sind N a t u r g e s e t z e des Staates, deren Aufnahme ins geltenden Staatsgesetz zum Ideal ward.

Indem nun der betarische Ordnungswille dem ghettomäßigen, chaotischen Verhalten entgegengesetzt wird, hat er sich die Erfüllung der Naturgesetze des Staates zur Aufgabe gemacht, und indem er im Berit Trumpeldor als äußere Disziplin sich verkörpert, lehrt er den jungen Menschen in seiner Organisation die Naturgesetze des Staates zu erleben, und bereitet sie zur höchsten Aufgabe der jüdischen Gegenwart und Zukunft vor, zum Aufbau eines Judenstaates. Mit der Prägung des Begriffes des »Hadar Betar« und der »Neuen Rasse« hat der Rosch Betar einen historischen Akt gesetzt, der vielleicht auch am meisten das »Historische« seiner Persönlichkeit ausmachen wird.

L. K.

Beschäftigt Betarim

Ungeheure Arbeitslosigkeit herrscht unter der jüdischen Jugend, die von der allgemeinen Krise in besonders scharfem Maße getroffen wird.

Auch in unserer Jugendbewegung, dem »Berit Trumpeldor«, sind viele Mitglieder vom Schicksal der Arbeitslosigkeit betroffen. E s i s t m o r a l i s c h e P f l i c h t a l l e r j e n e r G e s i n n u n g s f r e u n d e, die f r e i e A r b e i t s p l ä t z e z u v e r g e b e n h a b e n oder v o n s o l c h e n K e n n t n i s e r h a l t e n, i n e r s t e r L i n i e u n s e r e a r b e i t s l o s e n B e t a r i m z u b e r ü c k s i c h t i g e n. Unter unseren Betarim gibt es Beschäftigungslose aus allen Berufszweigen, wie Handelsangestellte, Büropersonal, Facharbeiter und Handwerker. Auch zu jeder anderen Arbeit sind unsere Mitglieder bereit. Stellenangebote sind der Netzivut Betar, Wien, IX., Berggasse 16, Tel. A 17-5-40 bekanntzugeben.

Jabotinsky-Bild

Das mitteleuropäische Betar-Kommissariat teilt mit, daß ein neues Bild V l a d i m i r J a b o t i n s k y s in feinstem Kupfertiefdruck in den Maßen 35:50 zum Preise von S 2.50 zum Vertrieb gelangt.

Das ausgezeichnete gelungene Bild wurde im August 1933 vom akademischen Maler Wilhelm W a c h t e l in Prag gezeichnet.

Bestellungen sind zu richten an den Propagandaleiter Erich K o h n Wien, VI. Stumpergasse 29.

Einzahlungen sind an das Postsparkassenkonto »Menorah« B-190.589 zu richten.

Jüdische Welt

Wien. Im Budget der Bundesregierung für 1934 sind für den katholischen Kultus 14,645.000, für den evangelischen Kultus 566.800 Schilling eingesetzt, für den jüdischen Kultus ist nichts bewilligt worden, obwohl die Regierung hiezu verfassungsmäßig und nach den Friedensverträgen verpflichtet ist.

Berlin. Reichsminister und preussischer Ministerpräsident Goering verkündet in dem soeben erschienenen Organ des Justizministeriums »Deutsche Justiz«, daß die Entfernung der Juden aus den Staatsämtern in Preussen vollendet ist. Er beglückwünscht die preussischen Beamten zu ihrer Befreiung aus dem »schweren moralischen Joch«, in das sie das frühere Regime gezwängt hatte, und betont, die Entfernung der Fremdrassigen aus dem Beamtenkörper stelle den Geist des alten Preussen wieder her.

Berlin. Die fortdauernde Uebertragung von durch Juden geleiteten Unternehmungen in das Ausland wird in Wirtschaftskreisen mit beträchtlicher Besorgnis verfolgt. Mehrere jüdische Firmen aus der Textil- und der Stahlindustrie, die ihre Tätigkeit nach dem Ausland verlegt und ihre hochwertigen Maschinen mitgenommen haben, machen jetzt im Ausland dem deutschen Export Konkurrenz. Besonders die Rasierklingen-Industrie Solingens ist dadurch stark betroffen worden. Der Stadtrat von Solingen, dem Zentrum der deutschen Stahlindustrie, fordert in einer Entschließung die Regierung auf, die Verlegung deutscher Fabrikationszweige nach dem Ausland durch ein Gesetz zu unterbinden.

Berlin. Der Preussische Landesverband jüdischer Gemeinden hat nach eingehender Aussprache über die gesamten Fragen der Lehrerbildung die Errichtung einer jüdischen Volksschullehrer - Bildungsanstalt liberaler Richtung in Berlin zum 1. April 1934 beschlossen. Er hat ferner beschlossen, eine gleiche Anstalt konservativer Richtung in Preussen zu begründen, falls sich diese Neugründung neben der in Würzburg bereits bestehenden konservativen Lehrerbildungsanstalt als notwendig erweisen sollte.

Berlin. Die Reichsvertretung der deutschen Juden veröffentlicht »Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen für jüdische Volksschulen«, die als Ergänzung zu den bestehenden staatlichen Richtlinien gedacht sind. Lediglich die zu den allgemeinen Zielen der Volksschule hinzutretenden besonderen Bedürfnisse und Erfordernisse der jüdischen Schule sollen, soweit sie nicht schon in den »Richtlinien für den Religionsunterricht« berücksichtigt sind, in den neuen Richtlinien ihren Ausdruck finden.

Budapest. Der Rektor der Debrecziner Universität Dr. Sigmund Vargha hatte, wie gemeldet, Polizeihilfe in Anspruch genommen, um die Inskription zu sichern. Aber etwa 150 Studenten übermannten die Polizei, drangen in die Universität ein und erzwangen die Unterbrechung der Inskription. Zwei jüdische Hörer wurden verprügelt. Der Senat der Debrecziner Universität beschloß, die Universität bis auf weiteres zu schließen und die Mitglieder des »Dreißigerausschusses« zu relegieren.

Warschau. In den letzten Tagen kamen immer wieder Ueberfälle nationaldemokratischer Hooligans auf Juden in den Straßen, in den Läden und in den Kinos vor. In mehreren jüdischen Geschäften wurde wiederum durch Schleudern von Stinkbomben und ausgießen ätzender Flüssigkeiten viel Schaden angerichtet. Besonders gelitten haben das Wurstwarengeschäft von Minzberg und die Läden von Liebermann. Zwei Hooligans überfielen den Rabbiner der Warschauer Vorstadt Praga, Zewi Mendelson, und brachten ihm schwere Verletzungen am Kopf und im Gesicht bei. Die Polizei sucht die Urheber unter den Anhängern der aufgelösten Organisation des »Nationalsozialistischen Lagers von Groß-Polen«.

Warschau. Das polnische Unterrichtsministerium hat eine Verordnung erlassen, gemäß der an den Statuten einer Reihe akademischer Vereinigungen gewisse Aenderungen vorzunehmen seien; im besonderen müsse der »Arier-Paragraph«, der jüdische Studierende von der Mitgliedschaft dieser Vereinigungen ausschließt, gestrichen werden. Die Hochschulvereinigungen haben ihre Statuten entsprechend umgearbeitet, sich aber geweigert, den Arier-Paragraphen, der ein wesentlicher Teil ihrer »Ideologie« ist, zu streichen.

Bukarest. Die Regierung Titulescu beschloß strenge Maßnahmen zur Unterdrückung der subversiven Strömungen; so ist unter anderem allen Hochschülern die Teilnahme an politischen Organisationen und öffentlichen Kundgebungen untersagt. An den Schulen wird eine »vormilitärische« Ausbildung eingeführt, wodurch die junge Generation zu Ordnung und nationaler Disziplin herangebildet werden soll. Man verspricht sich hievon auch ein Abflauen der radikalen antisemitischen Agitation unter der Jugend.

Saloniki. Die griechische Regierung scheint immer mehr der antisemitischen Stimmung in Saloniki Rechnung tragen zu wollen. Nachdem sie kürzlich ihr eigenes Dekret, wonach das jüdische Versöhnungsfest (Jom Kippur) als ein staatlicher Feiertag zu gelten habe, schnell zurückgezogen hat, hat sie nun in Saloniki die Zwangssonntagsruhe eingeführt, was einen schweren Schlag für die jüdische Bevölkerung bedeutet. Die jüdischen Händler und Handwerker, die bisher an Sonntagen ihrem Gewerbe sechs Stunden lang nachgehen konnten, werden nunmehr zwei volle Tage in der Woche, Samstag und Sonntag, feiern müssen.

Paris. Entsprechend der Einladung des Hochkommissars des vom Völkerbund eingesetzten Flüchtlingskomitees, James W. MacDonald, hat das Comité des Délégations Juives in einer Sitzung seiner Exekutive am 9. Januar 1934 als Vertreter des Comité in den Verwaltungsrat des Flüchtlingskomitees in Lausanne Dr. Nahum Goldmann und als dessen Stellvertreter Robert Bollack, Paris, gewählt.

Rom. Zu der in Deutschland leidenschaftlich umkämpften Frage der Herkunft Christi schreibt das päpstliche Organ, der »Osservatore Romano«: »Es gibt in Deutschland Christen, die aus der Heiligen Schrift gerne das Alte Testament ausschalten würden. Es gibt auch solche, die Christus nicht anerkennen, aus dem Grunde, weil er jüdischer Abkunft war. Schließlich gibt es auch Christen, die behaupten, daß Christus ein Arier aus Galiläa war. Diese Herren vergessen, daß Christus nicht in Galiläa geboren wurde, wo verschiedene Rassen wohnten, sondern in Bethlehem, in Judäa. Sie vergessen, daß Christus ein Nachkomme des Königs David war und als solcher ein Vertreter der reinsten jüdischen Rasse.«

Arbeits-Schiedsgericht in Tel Aviv

Tel-Aviv, 8. Januar. Nach längeren Verhandlungen wurde in Tel Aviv ein vereinigtes Arbeitsvermittlungsbüro und -Schiedsgericht gebildet, in dem alle Parteien vertreten sind und an dessen Spitze ein aus Bürgermeister Meir Dizengoff, Rabbi Schapiro und J. Aronowitz von der Histadruth-Exekutive gebildetes Dreier-Komitee steht. Das Büro wird die Arbeitsvermittlung und Arbeitsaufsicht u. a. in der gesamten Bauindustrie und bei allen öffentlichen Arbeiten in Tel Aviv innehaben, in ihm sitzen Vertreter der Histadruth, des Poel Misrachi, der Revisionisten, des Handwerkerverbandes und der Yemeniten. Zur Entscheidung prinzipieller Fragen soll eine Kommission des Waad Leumi herangezogen werden. Die Arbeitsverteilung auf die einzelnen Verbände geschieht nach einem bestimmten Index. Die Unternehmer werden verpflichtet, nur die ihnen vom Arbeitsbüro zugewiesenen Arbeiter zu beschäftigen. Das Arbeitsbüro wird durch die Autorität der Tel Aviver Stadtverwaltung gedeckt.

Werbet neue Abonnenten für den „Judenstaat"

Massenaustreibung von Juden aus Afghanistan

London, 6. Januar. Beim Joint Foreign Committee, der von der Anglo-Jewish Association und dem Jewish Board of Deputies gemeinsam gebildeten Kommission zur Behandlung auswärtiger jüdischer Angelegenheiten, sind aus Afghanistan alarmierende Meldungen eingelaufen, denen zu entnehmen ist, daß aus den aufghanischen Grenzstädten Mazar, Ankohi, Maimana u. a. m. etwa 2000 eingeborene Juden von den afghanischen Behörden vertrieben wurden. Die Vertriebenen wandern jetzt durch die Wüste und befinden sich in einer verzweifelten Lage.

Wie dem Joint Foreign Committee weiter mitgeteilt wird, ist auch die Lage von etwa 1600 in Afghanistan lebenden russischen Juden, die während der Nachkriegswirren nach Afghanistan flohen, außerordentlich kritisch; sie müssen jetzt nach Rußland zurückkehren.

Promotionsfeier an der hebräischen Universität

Jerusalem. Nach Beendigung der Abschlußprüfungen und der Graduierung der Kandidaten, die diese Prüfungen bestanden haben, fand an der hebräischen Universität Jerusalem in Anwesenheit des High Commissioner Sir Arthur Wauchope die feierliche Uebergabe der Diplome an die Graduierten statt. Ansprachen hielten der High Commissioner, der Kanzler der Universität Juda L. Magnes und Sir Philip Hartog, der sich im Auftrage des vom Kuratorium der Universität eingesetzten Komitees zur Ueberprüfung der Lage der Anstalt und Aufstellung von Plänen für ihren künftigen Ausbau, insbesondere im Hinblick auf die Ermöglichung der Berufung deutsch-jüdischer Gelehrter, derzeit in Palästina aufhält. Dr. Magnes kündigte in seiner Ansprache an, daß 1935 die ersten Promotionen von Absolventen der naturwissenschaftlichen Abteilungen stattfinden würden.

Jüdische Hafenarbeiter

In den letzten Monaten haben sich gegen hundert jüdische Hafenarbeiterfamilien aus Saloniki in Haifa niedergelassen, wo sie — auch von arabischen Unternehmern — außerordentlich geschätzt werden. Nun ist eine Aktion eingeleitet, um weitere 200 Hafenarbeiterfamilien aus Saloniki auf Grund besonderer Einwanderungszertifikate nach Hafa zu bringen. Für die Neueinwanderer sind Erleichterungen hinsichtlich der Einwanderungstaxen und der Unterkunftsbeschaffung vorgesehen.

Koustituierung der Landesschekelkommission 5694

Entsprechend der Weisung der Zionistischen Exekutive in London hat sich die Landesschekelkommission, bestehend aus je einem Vertreter des Zionistischen Landesverbandes und der innerhalb Oesterreichs bestehenden Landesgruppen der zionistischen Sonderverbände konstituiert. Als verantwortlicher Leiter fungiert Herr Dr. Josef Grünberger. Die Verteilung und Abrechnung der Schkalim sowie die einschlägige Korrespondenz obliegt Herrn Dr. Rud. Glücklich, I., Kärntnerstraße 28.

Der Stoliner Rebbe auf der Durchreise nach Palästna

Der berühmte chassidische Rabbi und bekannte Gelehrte Rabbiner Moscheh Perlow aus Stolin weilte in der letzten Woche auf der Durchreise nach Palästina in Wien. Er hatte hier mit alten Freunden und Bekannten, darunter mit dem Wiener Misrachiführer Rabbi Salamon Friedmann - Sadagora und dem greisen Erez Israel-Freund M. H. Landau Besprechungen. Rabbi Perlow begibt sich nämlich nach Palästina, um dort über Anwerbung von Boden zu verhandeln, auf dem er eine neue chassidische Kolonie gründen will. Nach günstigem Abschluß der Verhandlungen soll der erste Transport 60 landwirtschaftlich ausgebildeter Chassidim zwecks sofortiger Ansiedlung nach Palästina abgehen.

In der Jüdischen Bühne, II., Praterstr. 60 gastiert täglich mit großem Erfolg das amerikanische Ehebaar Mao Schönfeld und Irving Jacobson in der musikalischen Komödie »Oj Amerika«.

Neue Jüdische Künstlerspiele (II., Taborstraße 12). Ab 19. Jänner Gastspiel Anna Lerner und David Seidmann in der musikalischen Komödie »Der singende Dieb«. Beginn ½9 Uhr.

Jüdische Frau, die Arbeitnehmerin ist, sucht bessersituierte Familie, die gegen mäßige Bezahlung zwei Kinder (Bub und Mädel 8 und 10 Jahre alt) ganz in Pflege übernimmt. Zuschriften erbeten an Irma Vorgang, II., Darvingasse 37/12a.

»Die Pag-Palästinareisen bieten mehr, als man erwartet« schreiben Reiseteilnehmer; »...sie sind am billigsten... schmackhafte, reichliche Verpflegung... reine Kabinen... herrliche Tour« — Auch Sie sollen, ehe Sie eine Palästinareise antreten, Auskünfte und Prospekte bei der Pag r. Gen. m. b. H., Wien, VI., Capistrangasse 2 einholen. (Tel. B 25-3-81).

Touristik nach Palästina

Die Stadtgemeinde Tel-Aviv hat wie jede andere moderne Stadt eingesehen, daß der Fremdenverkehr für die Entwicklung dieser Stadt, sowie des ganzen Landes von großer Bedeutung sein kann. Die Stadtverwaltung hat daher ihrerseits alles dazu beigetragen, um den Fremdenverkehr nach Palästina nicht nur durch Propaganda zu fördern, sondern auch tatsächlich alles das den Fremden zu bieten, was eine moderne junge Stadt, die eine glänzende Lage am Meeresstrande hat, einem verwöhnten Touristen bieten soll. Besonders jetzt in dieser Jahreszeit, da in Europa nicht für jeden das Wetter zuträglich ist, bietet Palästina und die Stadt Tel-Aviv etwas besonderes: Mai- und Junitage im Februar.

Die Stadtgemeinde Tel-Aviv hat es, anderen Großstädten gleich, verstanden, alle Mittel in die Wege zu leiten, um die Schönheiten Tel-Avivs und Palästina unter den breiten Massen bekannt und populär zu machen, und hat daher in den meisten Großstädten Europas Beauftragte ernannt, die Palästina-Kunde und sonstige Touristik-Fachkenntnisse besitzen, um den Interessenten mit den gehörigen Informationen dienlich zu sein. Als offizielle Propagandestelle der Gemeinde Tel-Aviv für Wien ist das Wiener Büro des Weltreisebüros Compass-Tours bestellt. Jeder einzelne, sowie auch Gruppen können auch im Büro der Compass Tours die gewünschten Informationen über Tel-Aviv und Palästina kostenlos erhalten. Am 21. Februar 1934 veranstaltet Compass Tours eine Reise zum Purim-Carneval nach Palästina mit der »Conte di Savoia« (48.000 T.). Es ist diesem Büro, dank seinem innigsten Kontakt mit dem Lande gelungen, solche Bedingungen für diese Reise zu schaffen, die den Teilnehmern um billiges Geld das Beste bietet.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs, Wien, 9., Berggasse 16, für den Inhalt verantwortlich: Dr. Heinrich Glücker, Wien, 8., Lammgasse Nr. 10 — Druck: Appel & Co., Wien, 9., Liechtensteinstraße Nr. 21
Telephon Nr. A 16-1-14